

Elite trotz Reformchaos – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 2004-2008

Ralf Hoffrogge (2008)

2005 – Warnstreik gegen die Zustände im neuen Bachelor-System

Nachdem 2003 und 2004 hauptsächlich gegen Kürzungen und Gebühren protestiert wurde, richtete sich ein im Winter 2005 ausgerufen Warnstreik explizit gegen die Bachelor/Master-Reform an der FU und ihre katastrophale Umsetzung. Die seit dem OSI-Streik 2001 immer wieder geäußerten Befürchtungen über Entwissenschaftlichung, Verschulung und Arbeitsüberlastung hatten sich bestätigt. Die neuen Studiengänge brachten weniger Wahlfreiheit und mehr Pflichtveranstaltungen – ein interessengeleitetes Studium ist kaum noch möglich. Erschwert wird diese Problematik bis heute durch die an der FU besonders überhastete und handwerklich schlechte Umsetzung der „Reform“. Durch die vom Präsidium erzwungene Umstellung im Schnelldurchlauf strickte jedes Institut seinen eigenen Bachelor. Zusammengehalten wird das System nur durch die jeweils gleiche Anzahl von Leistungspunkten. Es fand weder eine inhaltliche noch eine organisatorische Abstimmung statt, so dass mit Einführung der neuen Studiengänge Pflichtveranstaltungen massenhaft gleichzeitig stattfanden. Eine Einhaltung der neuen Studienordnungen war für viele Studierende faktisch nicht möglich.

Im November 2005 gab es daher mehrere Vollversammlungen an der FU, die schließlich zur Ausrufung eines Warnstreiks am 7. Dezember führten. Zentrale Forderungen waren Verhinderung von Studiengebüh-

ren, Abschaffung der Campus-Management Software sowie ungehinderter Zugang aller Bachelor-AbsolventInnen zum Masterstudium. Als weitergehende Vision wurde „ein freies, selbstbestimmtes und emanzipatorisches Studium“ gefordert.

Das kritisierte Campus-Management System hatte bereits vorher durch zahlreiche Pannen und erhebliche Datenschutzmängel für Aufregung gesorgt. Zu Beginn des Anmeldezeitraums am 4. Oktober 2005 waren mehr als die Hälfte der Studiengänge im System nicht verfügbar, der AstA forderte die umgehende Abschaffung des Systems.

Die FU-Leitung wich der studentischen Kritik wie üblich aus, Sitzungen des Akademischen Senates fielen kurzfristig wegen „Raummangel“ aus, das Kuratorium tagte unter Polizeischutz. Mit purem Aussitzen war es diesmal jedoch nicht getan. Die Studierenden waren wütend, eine mehrstündige Besetzung des Präsidialamtes bildete einen Höhepunkt der Proteste.

Die FU Leitung sah sich durch den studentischen Druck gezwungen, die in allen Bachelorstudiengängen implementierte Maluspunktteregelung gegen „zu langsames“ Studium auszusetzen. Damit wurde offen zugegeben, dass die neuen Studiengänge aufgrund der chaotischen Bedingungen nicht in den geplanten sechs Semestern abzuschließen sind. Die Regelung ist bis heute außer Kraft, auch nach drei Jahren hat sich die Situation noch nicht normalisiert. Im Gegenteil: Erste vergleichende Studien aus dem Jahr 2007 bescheinigten dem FU-Bachelor eine deutlich höhere Abbruchquote als den al-

¹ Heute (2018) gibt es an der FU noch 15 Bibliotheken an 13 Standorten. Die „Reform“ des Bibliothekswesens ist also fast wie geplant durchgeführt worden [Anmerkung der FU70-Redaktion].

ten Studiengängen. Als Ursachen werden die rigide Verschulung, und fehlende Möglichkeiten zum Fachwechsel ausgemacht. Viele Studierende, denen an der FU ein Wechsel des Studienfaches verweigert wird, wechseln in den folgenden Semestern zu anderen Universitäten. Eine Liberalisierung der Regeln zum Fachwechsel ist bisher nicht in Sicht, stattdessen wird eine Abschaffung des Kombi-Bachelors mit drei Fächern angediskutiert.

Dennoch hielt sich der Widerstand in Grenzen. Der Warnstreik 2005 konnte im Folgejahr nicht ausgeweitet werden. Trotz fehlender Massenproteste ereigneten sich jedoch einige spannende Protestaktionen kleineren Umfangs.

Anti-Exzellenz Aktionen 2006 und 2007

Im Juni 2006 verhinderten Studierende des Otto-Suhr-Instituts der FU eine Begehung der Institutsgebäude im Rahmen der sogenannten „Exzellenzinitiative“. Durch die Besetzung des Instituts und die Blockade der Zugänge wollten die Studierenden die Bewerbung der FU um einen Status als „Eliteuniversität“ sabotieren. Die Exzellenzinitiative wurde abgelehnt als Versuch, die deutschen Hochschulen in Elite und Masse aufzuspalten. Mit dem Versprechen zusätzlicher, nach „Leistung“ zu verteilender Gelder soll sie die Akzeptanz von Elitenbildung für wenige und Mangelbildung für die Masse bei den Betroffenen sicherstellen. Teile und herrsche in Reinform. Im Anschluss an die Aktion folgte im Juli 2006 eine uniweite Vollversammlung zum Thema, begleitet von einer Spontandemo zum Präsidialamt.

Im Oktober konnten die ExzellenzkritikerInnen an der FU dann jubeln: Die Freie Universität scheiterte in der ersten Vergaberunde. Im Jahr darauf wurde im Rahmen der zweiten Bewerbungsrunde eine weitere Exzellenzbegehung durch Studierende verhindert: Am 18.6.2007 mußten die GutachterInnen wegen angekündigter Proteste auf die Besichtigung der Philologischen Bibliothek, dem Aushängeschild der FU, verzichten. Diese Einzelaktionen konnten jedoch weder die Kandidatur der FU noch die Exzellenzinitiative als ganzes erfolgreich sabotieren. Im Oktober 2007 wurde die Freie Universität mit ihrem Konzept der „International Network University“ doch noch offiziell zur Exzellenzuni gekürt. Das unter absoluter Geheimhaltung und Umgehung aller zuständigen FU-Gremien erstellte „Zukunftskonzept“ des Präsidiums hatte nun offiziellen Elitestatus, eine enorme Stärkung des autoritären Kurses von Präsident Dieter Lenzen.

Unbeschwert genießen konnte Lenzen seinen Erfolg allerdings nicht. Als er während der Immatrikulationsfeier im Oktober 2007 den Elitestatus feiern wollte, wurde er nicht nur durch den Redebeitrag der AStA-Vertreterin heftigst kritisiert. Noch eindrucksvoller war die Tatsache, dass sein Vortrag in einer satirischen Applausorgie des „Dieter Lenzen Fanclubs“ völlig unterging. Studentische Sprechchöre und ein eigens zusammengestellter Jubelsong führten dazu, dass von Lenzens Ausführungen kein einziges Wort zu verstehen war. In den Zeitungen des Folgetages las

man wenig über das Exzellenzkonzept, dafür schaffte es der Eklat bei der Immafeier einschließlich des Happenings „Exzellenzcluster vergleichendes Dosenstechen“ in alle Gazetten.

Zwar können solche medialen Achtungserfolge breiten Protest nicht ersetzen, aber sie brachten eines zum Ausdruck: Die FU befindet sich keineswegs im gleichgeschalteten Elitenrausch. Auch wenn es innerhalb der Professorenschaft und unter den Lehrenden keinerlei offene Kritik am Präsidium mehr gibt, ist dennoch offensichtlich, dass der Elitestatus größtenteils virtuellen Charakter hat. Die zusätzlichen Gelder sind hauptsächlich der Forschung und nicht der Lehre gewidmet, das Elite-Etikett kann über die gescheiterte Bachelor-Reform und die unzumutbaren Studienbedingungen nicht hinwegtäuschen.

Wenige Monate nach Beginn der zweiten Förderrunde musste dies auch die Presse zugeben: Nachdem sich konservative Stimmen bereits seit längerem gegen den Bachelor aussprachen, gab es ab 2008 auch im Mainstream zunehmend Kritik. Bundesweit distanzieren sich immer mehr ursprüngliche Befürworter von der Reform, so etwa Ex-Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin. Die Krise des BA/MA Systems, die sich an der FU besonders grell zeigte, ist somit auch ein bundesweites, wenn nicht europäisches Phänomen.

Bibliotheksskandal und Aktionswoche 2008

Trotz der offensichtlichen Legitimationsprobleme von Bologna-Prozess und Bacheloreinführung konnten die Studierenden bisher nicht erneut in die Offensive gehen. Eine bereits im Vorjahr beschlossene und im Sommersemester 2008 durchgeführte Aktionswoche mit einem Protestcamp in der Silberlaube erreichte jenseits des Kreises der bereits hochschulpolitisch Interessierten kaum neue Leute.

Dabei gab es Themen genug. Neben den andauernden Konflikten um die Probleme im Bachelorstudium wurden Pläne der FU-Leitung zur radikalen Zusammenlegung der universitären Bibliotheken bekannt. Hatte die FU im Jahr 1985 noch 142 selbständige Bibliotheken, so sollen im Jahr 2015 nur noch neun Standorte die ganze FU mit Literatur versorgen. Dass eine solche Schrumpfkur nicht ohne Verluste abgeht, ist klar: Allein die Zusammenlegung der Bibliotheken des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften mit der Universitätsbibliothek erfordert laut Angaben der PlanerInnen die Aussonderung von ca. 350.000 Büchern, die damit der FU auf Dauer verloren gehen. Angesichts dieses Szenarios wehren sich nicht nur Studierende, sondern auch BibliotheksmitarbeiterInnen gegen die Pläne. Dennoch veröffentlichte das Präsidium bereits Stellenanzeigen für Aussonderungsbeauftragte – wie die Sache weitergeht, ist noch offen.¹

Zehn Jahre Protest – was bleibt?

Festzustellen ist, dass es den studentischen Protesten der letzten zehn Jahre weder in Berlin noch bundesweit gelungen ist, den herrschenden Trend im Bildungswesen zu stoppen. Trotz Erfolgen wie der erfolgreichen Verhinderung von Studiengebühren in Berlin



© Björn Kietzmann.

ist die Hegemonie wirtschafts- und marktorientierter Konzepte bundesweit ungebrochen.

Die Voraussagen studentischer KritikerInnen in Bezug auf Bachelor und Bologna-Prozess haben sich zwar in vieler Hinsicht mehr als bewahrheitet: Wie befürchtet sind Kommerzialisierung, Verschulung, Arbeitsüberlastung der Studierenden und zunehmende soziale Ungleichheit beim Bildungszugang zu beobachten. Gleichzeitig zeigen sich enorme handwerkliche Mängel und Konstruktionsprobleme, die nicht vorhergesehen wurden. So wurde mit der Einführung des BA eine europaweite Kompatibilität und Vergleichbarkeit angestrebt, in der Realität jedoch sind die Module nicht einmal zwischen HU, FU und TU Berlin vergleichbar oder anrechenbar. Selbst nach seinen eigenen Maßstäben ist der Bologna-Prozess also gescheitert, dies allerdings kaum aufgrund studentischer Proteste, sondern aufgrund seiner inneren Widersprüche. Die weitgehende Standardisierung von Bildung erwies sich als nicht umsetzbar, zu unterschiedlich sind die Interessen und Vorstellungen der Akteure, aber auch die zu homogenisierenden Wissens-Inhalte selbst. Der befürchtete hermetisch geschlossene, warenförmig organisierte Bildungsmarkt ist deshalb bisher nicht verwirklicht. Trotzdem haben Wirtschaft und Kommerz im Jahre 2008 mehr Einfluß an den Unis als je zuvor, und die Studienorganisation ist unfreier den je, herabgedrückt beinahe auf das Niveau einer gymnasialen Oberstufe.

Angesichts dieser Legitimationskrise von Bachelor und Bologna-Prozess öffnen sich neue Chancen für studentische Interventionen bei den zweifellos notwendigen Nachbesserungen und Reformen der Reform. Diese Interventionen sind jedoch nicht zu leisten als Einzelproteste an der FU, sondern nur im Rahmen einer mindestens bundesweiten Bewegung. Was in den vergangenen 10 Jahren gefehlt hat, ist einerseits

die langfristige, übergreifende Kontinuität, andererseits die Überwindung des rein universitären Kontextes. Spontan aufflammende Streiks und Proteste sind notwendig und wichtig, aber sie konnten beides nicht leisten. Die Defizite bleiben, es fehlen Politisierung und Organisation. Ersteres, damit Proteste von den Herrschenden nicht weiterhin ignoriert und ausgesessen werden, können. Letzteres, damit nicht jede neue Studierendengeneration das Rad neu erfinden und alle Fehler selber machen muss. Leider hat sich in dieser Frage wenig getan. Auf Berlin-Ebene ist die Landesastenkonzferenz (LAK) nach der Übernahme und Zerstörung des ASTA TU durch Rechte Gruppen und Burschenschaften für drei Semester zusammengebrochen. Mit dem Ende dieses Intermezzos im Mai 2008 beginnt erst jetzt wieder eine verbindlichere Zusammenarbeit der Studierendenvertretungen. Bundesweit sieht es ähnlich schwierig aus. Der „freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) als Dachverband der deutschen ASTen vertritt längst nur noch eine Minderheit der Unis, durch unpolitische Vereinsmeierei und Bürokratismus hat er sich selbst ins Abseits manövriert. Eine „Bundesastenkonzferenz“ (BAK) im letzten Jahr in Berlin konnte sich jedoch nicht als Alternative konstituieren. Hier dominierte das andere Extrem: Ein basisdemokratisch-antiautoritärer Ansatz wurde zur dogmatischen Organisationsfeindlichkeit gesteigert, diese Kritik an jeder Repräsentation läßt statt Organisation nur unverbindliche „Vernetzung“ zu. Beide Extreme gilt es durch neue politische und engagierte Organisationsformen zu überwinden, damit an der FU und anderswo eine Trendwende gelingt. Notwendig ist dazu allerdings auch die Überwindung des rein universitären Kontextes und die wissenschaftlich fundierte Kritik der marktradikalen Hochschulpolitik im gesellschaftlichem Gesamtzusammenhang.